



Rede von Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

«L'Europe ne se fera pas d'un coup, ni dans une construction d'ensemble : elle se fera par des réalisations concrètes, créant d'abord une solidarité de fait», sagte Robert Schuman morgen vor 71 Jahren in seiner berühmten Rede, die den Grundstein legen sollte für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – die Montanunion – als historische Vorläuferin der heutigen Europäischen Union. Die zwei zentralen Grundpfeiler des europäischen Projekts (neben der Montanunion die Sicherheitsunion mit der NATO) skizzierten italienische Widerstandskämpfer bereits 1941 im Manifest von Ventotene. Erstens dank Antifaschismus die Einheit und den Frieden sichern, und zweitens den Europäischen Wohlfahrtsstaat aufbauen. Die Montanunion brachte dann zwar nicht gerade die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, doch diente sie zweifellos dem Ziel, Nationalismus und Faschismus durch mehr Zusammenarbeit den Boden zu entziehen.¹ Und die angestrebte Reform der Gesellschaft gelang immerhin soweit, als mit der Sozialpartnerschaft, einer aktiven Industriepolitik und dem Ausbau der nationalen Wohlfahrts- und Sozialstaaten breite Bevölkerungsschichten am Reichtum beteiligt werden konnten. Der Philosoph Peter Sloterdijk nannte diesen europäischen Konsens gar die «objektive Sozialdemokratie».

Leider kennen wir alle auch den zweiten Teil der Geschichte. Genauso wenig wie der Rest der Welt blieb Europa in den 1970er Jahren von den tiefen Erschütterungen durch globale Krisen und das Ende der Bretton-Woods-Institutionen verschont. Die europäischen Eliten entschieden sich nicht etwa dafür, die Krise durch mehr soziale Gerechtigkeit zu überwinden, sondern für das Gegenteil, was sich als verheerend erweisen sollte. 1975 publizierte die sogenannte Trilaterale Kommission, ein rechtsliberaler Thinktank, einen Bericht, der den neuen neoliberalen Zeitgeist sehr gut auf den Punkt bringt: Europa leide, wie auch die USA

¹ Wortlaut im Manifest: «(...) spezzi decisamente le autarchie economiche, spina dorsale dei regimi totalitari(...)» (https://www.cvce.eu/content/publication/1997/10/13/316aa96c-e7ff-4b9e-b43a-958e96afbecc/publishable_it.pdf)

und Japan, an einem «Zuviel» an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Es gelang den Rechten indes nicht, alles zu zerstören, bei weitem nicht. Doch die Welle des antidemokratischen Neoliberalismus erfasste auch die Europäische Union spätestens nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit voller Wucht. Das Bemühen, eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Reichsten durchzusetzen und diese der demokratischen Entscheidungsfindung zunehmend zu entziehen, prägt inzwischen leider auch viele Institutionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten: Der Maastrichter Vertrag knebelt die Fiskalpolitik. Die weitgehende Durchsetzung eines absurden Grundrechts auf die Freiheit des Kapitals, die Schwächung der Gewerkschaften, die Einheitswährung ohne ausgleichenden Sozialtransfer und andere Reformen setzen die Gesellschaften Europas zunehmend zueinander in Konkurrenz und bauen die Republiken zu regelrechten Wettbewerbsstaaten um. Das stärkt wenig überraschend nicht die Einheit der Union, sondern setzt überwunden geglaubte Kräfte frei, die nichts weniger zum Ziel haben als die Spaltung Europas. Trauriger Höhepunkt der Desintegration sind das desolante Management der Wirtschaftskrise nach 2008, der Putsch gegen die Demokratie in Griechenland durch die Troika aus Internationalem Währungsfonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank sowie das beschämende Scheitern Europas an seinen Aussengrenzen, die vom Tor zur Hoffnung zum Massengrab werden.

Und trotzdem, Genossinnen und Genossen, ist die entscheidende Frage für die Linke eine simple: Wäre Europa ohne die Union ein besseres Europa? Die Antwort darauf ist so simpel wie die Frage: Nein. Allein schon aufgrund der Tatsache, dass die Aufgaben unserer Zeit objektiv längst die Grenzen des Nationalstaates sprengen. Man kann es so formulieren: Ist die europäische Klimapolitik ungenügend? Natürlich. Aber ohne die Union könnten wir gar nicht fragen, ob die europäische Klimapolitik ungenügend sei, weil es das «Europäische» an dieser Klimapolitik gar nicht gäbe. Was für das Klima gilt, gilt ebenso für die Wirtschaft und die Migration. Ja, Europa scheitert gerade so beschämend an seinen Grenzen, dass ich mich manchmal schäme, Sohn dieses Kontinents zu sein. Nur, wer glaubt im Ernst, dass die griechische Regierung, die kroatische Regierung, die ungarische Regierung, der Schweizer Bundesrat ohne die Union eine humanere Asylpolitik machen würden? Wohl kaum jemand. Eine sozialdemokratische Position kann deshalb nur sein: Nein, wir wollen nicht weniger Europa, sondern mehr Europa, aber ganz entschieden anders!

Und damit stehen sind wir nicht allein da. Die Union von heute, Genossinnen und Genossen, ist auch nicht mehr die Union von vor zehn Jahren, ja nicht einmal mehr die Union von vor fünf Jahren. Es ist die Union, die jetzt erstmals eine gemeinsame Fiskalpolitik aufgleist, eine Union, die erstmals gewisse rechtsstaatliche Mindestkriterien aufstellt, die auf einen Green New Deal setzt, die in den umstrittenen Richtlinien die Rechte der Arbeitsmigrant:innen erstmals gestärkt und zumindest schon mal das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» anerkannt hat. Und mit dem Sozialgipfel von gestern in Porto setzt sie sich vergleichsweise ehrgeizige Ziele. Sicher, wir stehen am Anfang, aber als Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat muss man eben auch in der Lage sein, das Gras wachsen zu hören, wenn es wächst.

Wir erleben gegenwärtig den Kampf zwischen jenen, die sich weiter an das neoliberale Europa der marktradikalen Eliten klammern, und jenen wachsenden Kräften, die auf der Seite des Europas der Menschen stehen. Und genau in diesem Konflikt steht die Auseinandersetzung hierzulande zum Institutionellen Rahmenabkommen. **Der Kampf für einen besseren Lohnschutz und einen anständigen Service public ist ein europäischer Kampf, ein Kampf um das soziale Europa, den wir nicht gegen die EU führen, sondern Seite an Seite mit der Linken und den Gewerkschaften in Europa.** Lasst mich hier Klartext reden, Genossinnen und Genossen: Dieser Text, so wie er nackt vorliegt, ist für die Sozialdemokratie nicht akzeptabel. Er gibt den Lohnschutz zum Abschluss frei und riskiert die Schwächung des Service public. Und dabei geht es nicht um Peanuts. Gerade der Schutz der Löhne und des Gewerbes vor Sozialdumping ist nicht einfach ein Aspekt der Schweizer Europapolitik unter vielen, sondern ihr absolutes Fundament. Es geht hier nicht um Taktik oder Parteipositionierung. Es geht um den Kern dessen, was es ausmacht, Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat zu sein: das Recht auf anständige Löhne und Einkommen zu verteidigen, und zwar für alle, die hier leben oder arbeiten, egal woher sie kommen. Wenn uns der rechte Medienmainstream jetzt vorwirft, wir hätten ja «keinen Millimeter nachgegeben beim Lohnschutz», dann nehme ich diesen Vorwurf mit Stolz entgegen und hefte ihn mir als Ehrenabzeichen an die Brust. Selbstverständlich sind wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nahe an den Gewerkschaften, wo denn sonst, frage ich euch? Ich gehe davon aus, dass jedes Mitglied dieser Partei auch in einer Gewerkschaft ist, und wenn nicht, solltet ihr das jetzt gleich nachholen.

Nichts, Genossinnen und Genossen, aber gar nichts hat diese Position für das soziale Europa mit jenen Kräften zu tun, die aus der Schweiz ein Singapur machen wollen, und noch weniger mit den Nationalisten. Gerade die Lohnschutzmassnahmen waren und sind zusammen mit der Personenfreizügigkeit das Gegenteil von Nationalismus: Sie haben in der Schweiz aus Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern nach jahrzehntelangem Kämpfe Menschen mit Rechten gemacht. Dank den Flankierenden Massnahmen ist die Zahl der Lohnabhängigen mit einem GAV von 1.4 Millionen auf 2 Millionen angestiegen. Auch die Zahl der Gesamtarbeitsverträge ist stark gestiegen, 20'000 Menschen – eine ganze Stadt wie Zug oder Montreux – erhalten allein dank der Kontrollen jedes Jahr den Lohn, der ihnen zusteht. Das ist das, was die Nationalisten hassen.

Wenn wir schon Klartext reden, dann sollten wir nicht vergessen, was das Institutionelle Rahmenabkommen ist. Es ist das Produkt absoluter, helvetischer Kleinkariertheit. Anstatt mit Entschiedenheit und Stolz zu sagen: Ja, wir wollen in Europa bei den entscheidenden Fragen unserer Zeit gleichberechtigt mitreden, hat man sich auf eine – bitte entschuldigt – intellektuelle Turnübung geeinigt, die vielleicht im europarechtlichen Proseminar und in den Diplomatenclubs in Bern und Brüssel Begeisterung auslöst, aber keinen Zentimeter darüber hinaus. Ja, die Schweiz wollte dieses Abkommen. Aber das InstA ist keine Vision, nicht einmal eine richtige Idee. Dieser Vertrag ist vor allem Ausdruck von einem: dass die Schweiz nicht mehr weiss, was sie in Europa eigentlich will. In einer guten Beziehung redet man über die Ideen für die gemeinsame Zukunft. Wenn es aber nur noch um die Begleichung alter Rechnungen und Streitschlichtungen geht, dann steht man gewöhnlich vor dem Scheidungsrichter.

Vielleicht, ja vielleicht hätte das InstA eine Chance sein können, aber dann haben es die freisinnige Hors-Sol-Diplomatie und ihre Bundesräte richtig verkackt, wie man dort sagt, wo ich herkomme. Im letzten Moment der Verhandlungen haben sie auf Befehl ihrer Auftraggeber versucht, die Perspektive eines Beitritts zur EU für immer zu beerdigen und gleichzeitig die ungeliebten Lohnschutzmassnahmen auszuhebeln. Die Linken und Netten werden es ja letztlich schlucken, dachten sie. Sie dachten falsch.

Aber ja, realpolitisch liegt jetzt dieser Vertrag auf dem Tisch, die Nachverhandlungen haben so gut wie kein Ergebnis gebracht. Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Willen zu einer Lösung nochmals bekräftigt. Wir schlagen vor, dass die Schweiz ihre ideologisch bornierte, nationalkonservative Haltung bei der sogenannten Freizügigkeitsrichtlinie aufgibt. Sie fordert im Kern nämlich nur, was vernünftig ist: die Gleichbehandlung europäischer Bürger:innen in der Schweiz, auch wenn es um den Schutz vor Armut geht. Im Gegenzug muss die EU-Kommission ihre genauso unsinnig ideologische Haltung aufgeben und der Schweiz den Schutz der Löhne und des Service public garantieren.

Jetzt ist Zeit, Klarheit zu schaffen. Wir fordern Sie auf, Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte, Herr Aussenminister Cassis: Kommen Sie endlich runter von den Zuschauerrängen. Tun Sie endlich, was ihre Aufgabe ist: regieren und entscheiden Sie.

Eines ist sowieso klar: Wir müssen dieser himmeltraurigen Nabelschau, die wir seit 20 Jahren erleben, ein Ende setzen. Das Institutionelle Abkommen ist nicht zu gross gedacht, vielmehr zu klein. Wir wollen, dass sich die Schweiz beteiligt am europäischen Green New Deal. Wir wollen, dass sich die Schweiz beteiligt an den europaweiten Investitionsprogrammen nach Covid. Wir wollen bei den Steuern zusammenarbeiten, bei der Regulierung des Finanzplatzes, beim Aufbau eines europäischen Gesundheitssystems, bei der Bildung, bei der Kultur, beim Ausbau des Arbeitsschutzes. Kurz: Die SP will, dass sich die Schweiz vom europapolitischen Abstellgleis wieder herunterkommt und Kurs aufnimmt auf mehr Integration in Europa. Wir wollen, zusammen mit der Europäischen Linken, um unser Europa kämpfen. Um mit den letzten Worten des Manifests von Ventotene zu enden: «La via da percorrere non è facile, né sicura. Ma deve essere percorsa, e lo sarà!»